

Stadt sichert Flächen für Wohnungsbau

Bielefeld will für neuen Regionalplan 115 Hektar Wohn- und 247 Hektar Gewerbe-Potenzial anmelden. Einige Gebiete sind in den Bezirken durchgefallen. Der Rat muss über Zukunft bis 2040 entscheiden.

Joachim Uthmann

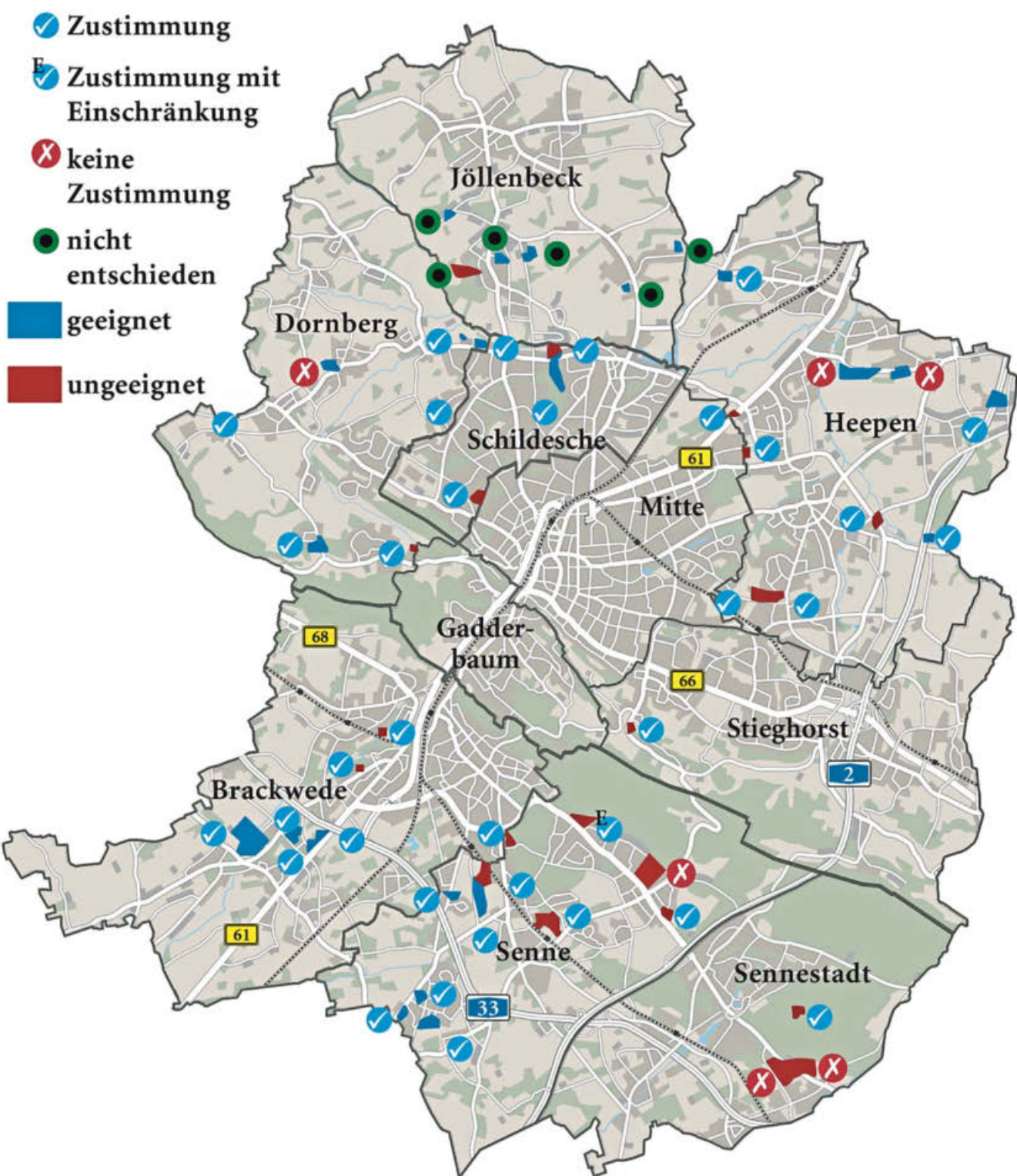
■ **Bielefeld.** Die Klagen über fehlende Flächen für Wohnungsbau und Gewerbe häufen sich. Bielefeld hat noch Vorräte, doch die werden knapp und passen teils nicht zu den geplanten Projekten. Die Baulandstrategie soll möglichst schnell helfen. Doch auch auf Dauer muss die Stadt Potenziale sichern. Das kann sie über den neuen Regionalplan. Für den will sie jetzt viele Flächen anmelden. Doch die sind teils umstritten.

115 Hektar für Wohnen und 247 Hektar für Gewerbe – das sind die Flächen, die die Ämter untersucht haben. Viele Flächen halten sie für machbar, einige fielen durch. Und so war es auch in den Bezirksvertretungen, die der Stadtrat beteiligt hat. Jetzt liegen die Voten auf dem Tisch, das Bauamt hat sie ausgewertet. Der Rat soll am 3. September noch vor der Kommunalwahl entscheiden, welche Flächen Bielefeld für den Regionalplan favorisiert.

Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) hält das für einen ganz wichtigen Punkt, um die Zukunft Bielefelds zu sichern. Deshalb hatte er extra mit Baudezernent Gregor Moss (CDU) zur Pressekonferenz geladen. Moss fiel wegen eines Wespenstichs aus. So warb Clausen allein dafür, dass sich die Politiker im Rat der Bedeutung der Flächenanmeldung bewusst sind: „Die Stadt sollte sich früh positionieren, um Einfluss auf die wichtige Weichenstellung bis zum Jahr 2040 zu nehmen.“

Und der OB betonte, dass dies zwar wegweisend sei, „aber die Flächen nicht in Stein gemeißelt sind“. Das heißt, nur wenn später auch Eigentümer zur Bebauung bereit sind, der Rat zugestimmt hat und überhaupt noch Bedarf besteht, käme eine Bebauung in Betracht. Das betonte Clausen auch, weil er die Befürchtungen in den Bezirken, aber auch im Rat zerstreuen will, dass Flächen blockiert oder unnützlich verbraucht werden.

Der Regionalplan sichere sie nur als Option. Dann werde jede einzelne geprüft. Und wenn sie durchfalle, schaue man auf die nächste: „Die Karawane zieht weiter“, sagte der OB: „Wir können schließlich für Wohnungs- und Gewerbebau niemanden enteignen.“



Diese Flächen ließ die Stadt auf ihr Potenzial für Wohnungsbau prüfen. Teils stimmten die Bezirksvertretungen zu, teils nicht. Der Rat muss jetzt entscheiden, welche Gebiete für den Regionalplan angemeldet werden.

QUELLE: STADT/ GRAFIK: JÜRGEN SCHULTHEISS

Der neue Regionalplan wird aber auch schon Flächen aus dem alten übernehmen. In dem stehen laut Christine Thenhaus vom Bauamt mehr als 130 Hektar für Wohngebiete. Davon will die Stadt die Hälfte aber streichen, weil sie unrealistisch sind. Dazu gehören Flächen zwischen Jerrendorfer Weg und Herforder Straße, die zur Finanzierung eines zweiten Johannisbachstausees, des Untersees, mal angedacht waren. Das Projekt gilt heute als unrealistisch und wird von der Stadt nicht weiter verfolgt.

Umstritten ist aber auch das große Gebiet zwischen dem Campus Nord und Babenhäusen am Poggenpohl, auf dem vor allem CDU und FDP sich als Ergänzung zur Hochschullandschaft im Nordwesten ein neues Wohngebiet für Tausende Menschen vorstellen können. Umwelt- und Naturschützer laufen dagegen Sturm, die Politiker in Dornberg sehen es ebenfalls kritisch. Trotzdem müsse man es für eine wachsende Stadt wie Bielefeld als Option sichern, meint Clausen: „Wir wollen es drinlassen.“

Aber ich kann beruhigen. Der Eigentümer der Hauptflächen will nicht verkaufen.“ Entscheiden muss der Rat, ob von der Verwaltung als geeignet eingestuft, von den Bezirken aber abgelehnte Flächen in der Anmeldung bleiben. Diese Konstellation gibt es beispielsweise am Höfeweg in Dornberg, an Buschbachtal und Milser Straße in Heepen. Einen weiteren Schritt bei der Bielefelder Baulandstrategie, mit der die Stadt selbst in den Markt eingreifen will, soll der Rat ebenfalls noch am 3.

September tun: Für in zwei bis drei Jahren realisierbare Flächen, verteilt über die Stadtbezirke, sollen die Politiker jetzt die Grundlage für eine Bebauung freigeben. Clausen hofft so, den Wohnungsbau beschleunigen und auf die Preise und Mieten dämpfend einwirken zu können. Deutlich kritischer sehen die Bezirke mögliche Gewerbestandorte an. Hier gibt es erhebliche Bedenken vor großen Eingriffen in die Landschaft oder Belastungen für angrenzende Wohngebiete.

Aufregung um falsche „Bärenfalle“

Empörung unter Hundebesitzern im Bielefelder Süden – aber: Die Polizei gibt Entwarnung.

■ **Bielefeld-Buschkamp** (jr). Am Wochenende sorgte eine Nachricht in den sozialen Netzwerken für Aufregung vor allem unter Hundebesitzern. Angeblich hatte ein Spaziergänger Bärenfallen auf einem Feld nahe der Kreuzung Buschkampstraße/Kampstraße gefunden. Der Finder soll gleich mehrere solcher Fallen entdeckt und schließlich der Polizei gemeldet haben.

Zunächst konnte die Polizei dazu noch keine Stellungnahme abgeben. Gestern meldete nun Polizeisprecher Michael Kötter, dass sich ein Beamter die Falle, die der Spaziergänger im hohen Gras entdeckt hatte, am vergangenen Donnerstagabend, 6. August, angesehen habe. Nach seiner Einschätzung handele es sich bei den vermeintlichen Bärenfallen für größere Nagetiere“, so Kötter. Da diese Fallen für den Totfang nicht verboten sind, ermittelt die Behörde in dem Fall nicht gegen den Fallsteller.

Sehr wohl sind aber in NRW andere Fallen verboten, die von der Optik diesen Schlagfallen ähnlich sein können. Dazu gehören Drahtbügel Schlagfallen, darunter auch sogenannte „Conibear“-Fallen. Letztere sind übrigens nicht dazu da, wie oftmals fälschlicherweise

angenommen –, um eine Tierart namens „Conibear“ zu fangen. Die Fallen wurden nach ihrem Erfinder Frank Conibear benannt und sollen Marder oder Füchse töten.

Die Drahtbügel dieser Fallen sollen im Nacken oder Brustbereich des Tieres zuschlagen, was zum Genickbruch oder zum Abklemmen von Hauptschlagader und Luftröhre des Tieres führen soll. Köder in der Falle sollen sicherstellen, dass das Tier nur mit dem Kopf oder dem vorderen Oberkörper in die Falle gerät. Zu oft ging genau das schief. Ganz abgesehen von getöteten oder verletzten Tieren, für die die Falle gar nicht aufgestellt worden war. Vor allem Waschbären wurden hier schwer verletzt, weil sie ihre Nahrung mit den Pfoten greifen. Dem Argument, dass die Totfanggeräte den langanhaltenden Stress einer Lebendfalle verhindern, folgte der Gesetzgeber in NRW nicht mehr. Seitdem sind neben Knüttelfallen, Marderschlagbäumen, Scherenfallen und Totschlagfallen, die durch Tritt oder Druck auslösen, auch Drahtbügel Schlagfallen (auch nach Conibear-Bauart) verboten. Das geht aus dem Landesjagdgesetz (Verordnung über die Verwendung von Fanggeräten) hervor.

Neue Westfälische

Herausgeber: Klaus Schrotthofer

Chefredakteur: Thomas Seim
Stellv. Chefredakteur: Carsten Heil

Lokales: Andrea Rolles (Leitung)
Stefan Gerold (Stv.)
Redaktionstechnik: Stefan Weber

Die Neue Westfälische ist Partner der Redaktionsgemeinschaft der ostwestfälischen Verlage. Geschäftsführung: Sandra Dalk
Chefredakteur: Thomas Seim (v.i.s.d.P.), Jörg Rinne (Stv.)
Leitung Redaktionsgemeinschaft: Jörg Rinne, Christian Lund (Stv.)
Politik, Nachrichten: Dirk Müller; Zwischen Weser und Rhein: Sigrun Müller-Gerbes; Wirtschaft: Stefan Schelp; Kultur/Medien: Stefan Brams; Sport: Torsien Ziegler; Reporter: Matthias Bunge; Büro Düsseldorf: Lothar Schmalen (Ltg.), Florian Pfltzner

Redaktionsgemeinschaft der ostwestfälischen Verlage GmbH & Co. KG
Niederstr. 21-27, 33602 Bielefeld

Veröffentlichungen in Print- oder elektronischen Medien sowie Vervielfältigungen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für Rücksendung unangefordert eingesandter Manuskripte, Bücher, Zeitschriften und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verantwortlicher Anzeigenleiter:
Michael-Joachim Appelt

Zeitzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 1. Januar 2020.

Monatlicher Bezugspreis bei Trägerzustellung 39,90 EUR, bei Postzustellung 44,90 EUR; ePaper 26,90 EUR, jeweils inkl. 5% MwSt. Bei Abonnement-Unterbrechung erfolgt eine Rückvergütung des Bezugspreises ab dem 7. Tag der Unterbrechung. Das Abonnement kann mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende gekündigt werden (Datum des Poststempels). Abbestellungen sind schriftlich an den Verlag zu richten. Zusteller nehmen Abbestellungen nicht entgegen. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Arbeitskämpfen oder in Fällen höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist, soweit das Gesetz zwingend nichts anderes vorsieht, der Sitz des Verlages.

In der Zeitung NEUE WESTFÄLISCHE erscheinen regelmäßig das Veranstaltungsmagazin ERWIN an jedem Donnerstag sowie an jedem Dienstag die Beilage „prima – Wochenmagazin zur Zeitung“. Sofern Sie Artikel dieser Zeitung in Ihre internen elektronischen Pressespiegel übernehmen wollen, erhalten sie erforderliche Rechte unter www.press-monitor.de oder unter Telefon (030) 28 49 30, Pressemonitor GmbH.

Geschäftsführung:
Klaus Schrotthofer
Herstellung: J. D. Küster Nachf. + Presse-Druck GmbH & Co. KG, Bielefeld.
Geprüfter Qualitätsbetrieb, zertifiziert nach ISO 12647-3.
Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Ostwestfälisch-Lippischer Zeitungsverlage.

Internet: www.nw.de
E-Mail: bielefeld@nw.de

Anschrift für Redaktion und Verlag: Zeitungsverlag NEUE WESTFÄLISCHE GmbH & Co. KG, 33602 Bielefeld, Niederstraße 21-27, Pressehaus, Postfach 10 02 25, 33502 Bielefeld, Telefon (05 21) 5 55-0, Telefax 5 55-3 48 und -3 49.

Kurs zu Raucherentwöhnung

■ **Gadderbaum.** Das Evangelische Klinikum Bethel bietet vom 1. bis 29. September einen Raucherentwöhnungskurs an. Die Treffen finden dienstags von 16.30 bis 18 Uhr in der Tagesklinik am Königsweg 5 statt. Infos zur Anmeldung unter Tel. (05 21) 77 27 87 55 oder michael.huppertz@evk.kb.de

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezüge) liegt folgender Prospekt bei:

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilausgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute den untenstehend genannten Prospekt nicht vorfinden. Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne! Telefon (05 21) 5 55-6 27 oder Fax (05 21) 5 55-6 31



Fahrradmuseum

■ **Bielefeld war einst eine Hochburg der Fahrradproduktion. Bis heute werden Zweiräder in der Stadt produziert. Ein neues Angebot könnte die Geschichte der Drahtesel darstellen (NW vom 10. August).**

@ Die Initiative, in Bielefeld ein Deutsches Fahrradmuseum zu etablieren, ist der richtige Weg und ein längst überfälliger Schritt! (...) Für jeden Fahrradhistoriker oder Sammler alter Fahrräder in der Welt ist der Name dieser Stadt ein Begriff. Hier wurden Fahrräder gebaut, und das in großer Stückzahl. Hier wurde Qualität produziert, und das über einen langen Zeitraum. Klangvolle Namen wie Dürkopp, Göricke, Anker, Rabeneick, Rixe, Baronia, Concordia oder Miele stellten hier Fahrräder her. Hier hatte sich eine ganze Industrie zur Fertigung von Fahrrädern entwickelt (...). Zubehörfirmen kamen hinzu, hier ist vor allem die Firma Hebie

zu nennen, die es auch heute noch gibt. Viele Bielefelder haben durch diese Industrie eine Arbeit gefunden und ihr Auskommen erlangt. Als Fahrradsammler wollte ich 2001 in Bielefeld die Hinterlassenschaften der ehemaligen Fahrradhochburg besichtigen und war bitter enttäuscht. Es hat sich seither vieles verändert, und ich habe selber an einigen fahrradhistorischen Veranstaltungen in Bielefeld teilgenommen. Doch auch heute noch gibt es auf den einschlägigen Portalen zur Geschichte dieser Stadt so gut wie keinen Hinweis auf diese einstmalige blühende Industrie des Fahrradbaues. Dem Fahrrad – einer der genialsten Erfindungen der Menschheit – wird hier in keiner Weise gedacht (...). Nicht erst seit heute wissen wir, wie wichtig das Fahrrad für die Menschen ist und welchen Fortschritt es gebracht hat. Heute ist es das umweltfreundlichste und meistverkaufte Fahrzeug überhaupt, und eine Stadt wie Bielefeld sollte das

Leserbriefe an bielefeld@nw.de

Fahrrad und die hier stattfindende industrielle Fertigung in Ihre Geschichtsbücher aufnehmen. Die Bemühungen zum Erhalt der Bielefelder Radrennbahn sind ein erster Schritt, und es sollten noch weitere folgen. (...) Gerhard Eggers (Vorsitzender Historische Fahrräder e. V.) 04420 Markranstädt

Arbeitskräfte

■ **17 Angestellte sind für das Unternehmen Saremog tätig. Sie alle stammen aus Polen und pendeln regelmäßig in ihre Heimat. Sie stehen beim Chef hoch im Kurs. Kein Einzelfall (MW vom 8. August).**

@ Mit Interesse habe ich den oben genannten Artikel gelesen und wünschte, er wäre am 1. April erschienen, denn somit hätte man eine plausible Erklärung für den fragwürdigen Inhalt. Nicht nur dass einige Äußerungen des Herrn Stücke, in

einem anderen Kontext, wohl eine glühende Debatte über Diskriminierung/Benachteiligung und Rassismus hervorgerufen hätten, sie sind obendrein völlig demotivierend für junge Menschen in der beruflichen Orientierungsphase. Wer breit ausgebildete Mitarbeiter möchte, der kann selbstverständlich selber ausbilden, das kostet natürlich Geld und ist aufwendiger, aber der gern genannte Fachkräftemangel hat mit dieser Situation sicherlich nichts zu tun. Durch aufwendige Kampagnen wird man nicht müde, das duale Ausbildungssystem in Deutschland zu loben und macht Werbung für das Handwerk und gewerbliche Berufe, Traditionen und Qualitätsstandards. Und dann dieser Artikel. Parallelschließliches Leben wird zur „kleinen polnischen Insel“, ausländische Arbeitnehmer zur online leicht beschaffbaren Ware. Sie leben kostengünstig in selbstverwalteten firmeneigenen Unterkünften, und Kommunikationsprobleme sind eine

charmante Begleiterscheinung. Aber durch die Wohnsituation bleibt wenigstens ein wenig der Kaufkraft im Inland und der Tasche des Unternehmers. Schön, dass die IHK das nicht als problematisch sieht, schöner noch, dass die HWK hofentlich an ihrem „stärkeren Werkededenken“ festhält. Bleibt noch zu wünschen, dass sich auch bald Geschäftsführer leicht in Polen rekrutieren lassen, die sind oft flexibler und breiter ausgebildet, und es würde intern auch nicht zu Sprachproblemen führen.

Maik Schloemann
33719 Bielefeld

„Pöbel-Party“

■ **Nach zwei Schlägereien müssen mehr als 200 junge Leute den Kunsthallenpark verlassen. Zwei von ihnen landen in einer Zelle (NW vom 11. August).**

@ Welche Hintergrundinformation fehlt mir, um zu verstehen, war-

um Herr Witthaus für dieses pöbelnde, Dreck verursachende, sich prügeln Partyvolk Verständnis aufbring? In den letzten Jahren, vor Coronazeiten, ist es im „Neuen Bahnhofsviertel“ und anderen Party Locations auch immer wieder zu Polizeieinsätzen wegen aggressivem Partyvolk gekommen. Geschlossene Clubs kann ich nicht als Ursache für diese Art Verständnis erkennen. Ich finde bei diesen jungen Menschen ist Erziehungsarbeit veräusumt worden, was unsere Polizei und die Stadtreinigung ausbaden darf.

Richard Leising
33719 Bielefeld

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bitte beschränken Sie sich auf eine maximale Länge von 50 Zeilenzellen (1.400 Anschläge). Längere Leserbriefe werden gekürzt, anonyme Zuschriften nicht berücksichtigt.